

# **Sitzungsbericht öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 20.04.2020**

## **Bekanntgaben, Mitteilungen, Bekanntgabe nichtöffentl. gefasster Beschlüsse, Protokoll**

### **Schulbauförderungsprogramm**

Herr Gundel teilt mit, dass die Stadt seit 2017 einen Antrag im Schulbauförderungsprogramm gestellt hat. Der Antrag wurde bisher nicht berücksichtigt, deshalb wurde er nun wiederum in das aktuelle Jahr vorgetragen.

### **Zuwendungsbescheid Städtebauförderung**

Herr Gundel teilt weiter mit, dass ein Antrag für eine Förderung aus dem Städtebauprogramm für den Neubau des Kindergartens gestellt wurde. Die Grundlage für diesen war die bisherige Kostenschätzung von rund 7,4 Mio. Euro. Hier hätte die Stadt eine Förderung in Höhe von 1,2 Mio. Euro erhalten. Bei einer Kostenreduzierung des Neubaus sinkt die Förderung natürlich entsprechend ebenfalls.

### **LEADER-Förderung Schloss-Erlebnis-Parcours**

Frau Johler teilt mit, dass zwischenzeitlich der Bescheid bezüglich der LEADER-Förderung einging. Es wurden Fördermittel in Höhe von rund 86 T€ ausbezahlt. Die maximal zugesagte Förderung lag bei 89.400 Euro.

### **Einwendung Protokoll Bahnbrücke Rugetsweiler**

Frau Johler teilt mit, dass die CDU-Fraktion zwei Einwendungen gegen das Protokoll vom 23.09.2019 hatte. Diese sind als Tischvorlage verteilt und liegen der Niederschrift bei.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das Protokoll dahingehend zu ändern (siehe Anlage zum Protokoll).

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**

Es gibt aus der letzten Sitzung keine Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung bekannt zu geben.

## **Einwohnerfragestunde**

BM Burth teilt mit, dass aufgrund der Pandemie-Situation heute ausnahmsweise die Einwohnerfragestunde auch mit schriftlichen Anfragen, die im Vorfeld an ihn geschickt werden konnten, erfolgen wird. Dies wurde im Vorfeld im Mitteilungsblatt bekannt gegeben. Sämtliche Fragestellungen wurden schriftlich eingereicht und werden im Nachgang zur Sitzung auch schriftlich beantwortet.

### **Breitbandversorgung Grundesch**

Ein Bürger fragt nach der Breitbandversorgung im Grundesch.

BM Burth erläutert, dass der Anschluss (FTTC) zwischenzeitlich erfolgt ist. Der Betrieb erfolgt durch die NetCom. Die Verwaltung wird Herrn Kijewski den Kontakt vermitteln.

### **Farbwahl Baugebiet Grundesch**

Der Bürger möchte außerdem wissen, ob es eine Einschränkung der Farbwahl für einen Fassadenanstrich im Baugebiet Grundesch gibt.

BM Burth erläutert, dass diesbezüglich die Vorgaben des Bebauungsplanes zu prüfen sind. Die Verwaltung wird sich mit dem Bürger in Verbindung setzen.

### **Jugendplatz Spitalweg**

Ein Bürger fragt an, ob es denkbar wäre, den Jugendplatz am Spitalweg attraktiver zu gestalten, beispielsweise mit einem direkten Schussenzugang oder einer Grillstelle. Damit könnte man den Platz auch für andere Zielgruppen wie Familien attraktiver gestalten.

BM Burth erläutert, dass es in den vergangenen Jahren regelmäßig Aufräumaktionen gab, aktuell läuft wieder eine Aktion. Eine weitere Attraktivitätssteigerung ist aktuell nicht in Planung. Das Gremium hat sich vor einigen Jahren bewusst dafür entschieden, einen Platz zu schaffen, an dem sich die Jugendlichen niederschwellig treffen können. Es wäre deshalb aus seiner Sicht nicht zielführend, den Platz für anderen Zielgruppen bewusst zu öffnen.

### **Freiluftspa im Hofgartenpark**

Der Bürger fragt außerdem an, ob es denkbar wäre, im Hofgartenpark ein Freiluftspa ähnlich wie in Bad Saulgau an der Therme zu bauen. Damit könnte der gesamte Bereich noch attraktiver für Bürger und Gäste werden.

BM Burth erläutert, dass er den Vorschlag an den beauftragten Planer für das Parkkonzept weitergeben wird.

### **Bepflanzung Bahnhofsvorplatz**

Eine Bürgerin möchte wissen, ob am Bahnhofsvorplatz noch die Anpflanzung von Blühpflanzen geplant ist. Bisher sind dort Kräuter gepflanzt.

BM Burth erläutert, dass man sich damals im Rahmen der Sanierung der Poststraße bewusst für die Bepflanzung mit Kräutern entschieden hat, weil man einen anderen Ansatz wählen wollte. Aktuell wird die Bepflanzung ergänzt, allerdings in der gleichen Art und Weise. Weitere Maßnahmen sind nicht geplant.

### **Straßenbeleuchtung – Änderung der Zeiten**

Eine Bürgerin fragt, ob es möglich wäre, dass die Zeiten der Straßenbeleuchtung so geändert werden könnten, dass die Bahnfahrer, die den ersten Zug morgens nutzen, nicht im Dunkeln zum Bahnhof laufen müssen. Sie hat diesbezüglich auch bereits 60 Unterschriften gesammelt. Die Finanzsituation hat sich zwischenzeitlich deutlich verbessert im Vergleich zu damals, als die Zeiten aus Gründen der Einsparung gekürzt werden mussten.

BM Burth erläutert, dass der Ausgangspunkt für die Änderung der Zeiten das Einsparkonzept war. Diesbezüglich gab es schon mehrere Anfragen in den vergangenen Jahren. Das Bauamt hat deshalb die Kosten für eine längere Beleuchtungsdauer ermittelt. Die Thematik wird in der nächsten AUT-Sitzung vorgestellt.

## **Überarbeitung Ortsabrundung – Sachstand**

Zwei Bürger fragen nach dem Sachstand der Überarbeitung der Ortsabrundungen.

BM Burth erläutert, dass der Verwaltung seit letzter Woche ein Entwurf vorliegt. Dieser wird in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt.

## **Anwendung von google analytics**

Ein Bürger fragt bezüglich der Anwendung von google analytics auf der städtischen Homepage an. Er möchte wissen, wie die Aussage von BM Burth, dass die Daten nicht gespeichert werden, mit der Aussage auf der Homepage zusammenpasst.

BM Burth erläutert, dass er Herrn Feßler in einem Schreiben vorab mitgeteilt hat, dass die Daten nicht gespeichert und weitergegeben werden. Diese Aussage war nicht exakt formuliert.

Grundsätzlich verwendet die Stadt google analytics zur Optimierung der Homepage. Die Daten werden auf dem Server der Stadt gespeichert, allerdings nur dann, wenn der Nutzer auf der Homepage die Zustimmung erteilt. Er wird Herrn Feßler nochmals informieren.

## **Bebauungsplan "Oberrauhen - Erweiterung II" und 1. Änderung Bebauungsplan "Oberrauhen - Erweiterung I" und örtliche Bauvorschriften** **1. Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen** **2. Satzungsbeschluss**

BM Burth teilt mit, dass der Gemeinderat in der Sitzung am 25.11.2019 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Oberrauhen – Erweiterung II“ gefasst hat. Die Firmenzentrale Carthago Reisemobilbau GmbH befindet sich seit 2013 am Standort in Aulendorf. Der Betrieb ist stark expandierend und mit inzwischen ca. 550 Mitarbeitern einer der wichtigsten Arbeitgeber in Aulendorf.

Auf dem Firmengelände wurde in 2019 westlich des bestehenden Bürogebäudes ein neues Verwaltungsgebäude für ca. 120 Büroarbeitsplätze erstellt. Hierfür sind ca. 50 Mitarbeiterstellplätze entfallen, für die derzeit kein Ersatz angeboten werden kann.

Um den Bedarf an Stellplätzen zu decken soll die vorhandene Fläche nach Osten um ca. 25 m erweitert werden. Die Stellplätze werden für Mitarbeiter, Kunden, Betriebsbesucher und für Reisemobile benötigt und müssen aus Gründen des Betriebsablaufs in der Nähe der Eingangspforte angeordnet werden. Abgestellte fertige Reisemobile werden mit Hagelschutznetzen überspannt. Alternativstandorte für diese Flächenergänzung stehen nicht mehr zur Verfügung.

### Folgende wesentliche Stellungnahmen sind eingegangen:

Der Bereich Naturschutz/Artenschutz im Landratsamt Ravensburg hat ausgeführt, dass im Umweltbericht argumentiert wird, dass wegen der geringen Höhe der Anlagen keine Beeinträchtigung durch Kulissenwirkung für wandernde Limikolen zu erwarten sei. Dies steht im krassen Gegensatz zu den Angaben in „Ergebnis des Forschungsvorhabens VE0.286/2007/LRB, A. Garniel, U. Mehrwald“, die einen Störabstand zur Straße mit 200 m angeben. Vielmehr wird sich durch die vorliegende Planung keine Betroffenheit von Limikolen ergeben, da sich diese mittlerweile schlichtweg nichtmehr im Bereich des angrenzenden Biotops, flächenhaften Naturdenkmals aufhalten. Der Umweltbericht ist dahingehend zu korrigieren. Da in 2011 noch Vorkommen der Zwergschnepfe und Bekassine nachgewiesen werden konnten, ist das im Zuge der Gewerbegebietserweiterung „Carthago II“ vorgesehene Biotopverletzungskonzept

zwingend auch auf Limikolen abzustellen.

Die Hinweise des Landratsamtes Ravensburg, Bereich Artenschutz sind bereits im Umweltbericht berücksichtigt.

Im Zuge der öffentlichen Auslegung wurde von einem Anwohner eine Stellungnahme abgegeben. In dieser werden insbesondere die intensiven Betriebsabläufe sowie die übermäßige nächtliche Beleuchtung bemängelt und nicht akzeptiert. Es wird ausgeführt, dass der geschützte Lebensraum gravierend gestört und wertlos geworden ist, Bruthabitate von Feldlerche und Milan nicht mehr vorhanden sind, diese Vögel wurden vertrieben. Die Biotopstruktur mit Tümpel und damit die Vögel und Insekten werden in hohem Maß durch permanente Lichtmissionen beeinträchtigt. Hinzugekommen ist die Belastung durch den zunehmenden Pkw-Verkehr. Es werden Einwände gegen die nächtliche Beleuchtung erhoben. Ebenso wird ein entsprechender Sichtschutz (Feldhecke oder Schutzwand) gefordert. Die Stellungnahme ist in der Abwägung dargestellt.

Die Einwendungen beziehen sich weitestgehend auf das Bestandgelände und nicht auf die Erweiterungsfläche.

Die vorliegenden artenschutzrechtlichen Untersuchungen sind für die derzeitige geplante Erweiterung des Gewerbegebietes ausreichend. Die inzwischen verminderte Biotopqualität ist im Umweltbericht berücksichtigt.

**Der Gemeinderat beschließt einstimmig:**

- 1. Der Gemeinderat macht sich die Inhalte der Abwägungs- und Beschlussvorlage vom 08.04.2020 zu eigen.**
- 2. Die Inhalte der Abwägung zur Beschlussvorlage wurden bereits vor der Sitzung in eine Entwurfsfassung zur Verdeutlichung der möglichen Änderungen eingearbeitet. Der Gemeinderat billigt diese Entwurfsfassung vom 26.03.2020.**
- 3. Der Bebauungsplan „Oberrauhen - Erweiterung II“ und örtliche Bauvorschriften und „1. Änderung „Oberrauhen - Erweiterung I“ in der Fassung vom 26.03.2020 werden gemäß dem beiliegenden Satzungstext als Satzungen beschlossen.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzungsbeschlüsse gemäß § 10 Abs. 3 Satz BauGB ortsüblich bekannt zu machen und danach dem Landratsamt Ravensburg gemäß § 4 Abs. 3 GemO anzuzeigen.**

### **Parkanlage und Hofgarten - Vorstellung 1. Entwurfsplanung**

BM Burth erläutert, dass die Verwaltung und der Gemeinderat die Themen wie die Pflege der Parkanlage und des Hofgartenbereiches, die Struktur der Wege, die Ordnung des Baumbestandes durch Neupflanzungen und abgehende Bäume und weitere Nutzungen verschiedener Bereiche seit einiger Zeit beschäftigt.

Zur Lösung dieser komplexen Aufgabenstellung hat der Ausschuss für Umwelt und Technik in der Sitzung am 22.05.2019 sich nach Vorstellung von 3 Landschaftsplanungsbüros für das Büro Freiraum Werkstatt aus Überlingen entschieden und den entsprechenden Planungsauftrag erteilt.

Für die Aufgabenstellung zum Baumbestand wurde der gesamte Park- und Hofgartenbereich durch ein beauftragtes Vermessungsbüro vermessen und alle Bäume digital aufgenommen.

Zwischenzeitlich hat das Planungsbüro in Archiven alte Unterlagen und Daten vom Hofgarten und Park gesichtet und versucht, ein Konzept zu entwickeln, welches das ursprüngliche Park- und Hofgartenareal von früher wiedergibt.

In einem weiteren Schritt hat der Planer Überlegungen angestellt, neue Ideen zur künftigen Gestaltung und Nutzung entwickelt und diese in die Planung eingearbeitet.

Der Bereich der bestehenden Minigolfanlage und der Teilbereich des Grundstücks Hofgartenstraße 9 wurden ebenfalls in die Planung miteinbezogen.

BM Burth schlägt zur weiteren Vorgehensweise vor, dass die Vorberatungen über die einzelnen Aspekte in die Ausschüsse verwiesen werden. Die Vorberatungen werden sehr zeitnah in den Ausschüssen erfolgen. Abschließend wird die Entscheidung im Gemeinderat getroffen.

#### **Der Gemeinderat beschließt einstimmig:**

- 1. Die Vorstellung der Entwurfsplanung wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die weitere Beratung wird in die Ausschüsse verwiesen.**

### **session Mandatos - digitale Gremienarbeit**

Frau Thoma erläutert, dass die Verwaltung seit 2004 das Sitzungsmanagement session und session-net nutzt. Zunächst erfolgte die Betreuung über die Herstellerfirma somacos, seit 2016 über das Kommunale Rechenzentrum Reutlingen-Ulm (ITEOS).

Hierzu ist zum einen die Auswahl und Beschaffung von geeigneten Endgeräten (Tablet-PC) erforderlich. Zudem müssen mit den Gemeinderäten Vereinbarungen getroffen sowie die Geschäftsordnung des Gemeinderates angepasst werden.

Folgende Punkte sind festzulegen:

#### **1. Beschaffung Tablets**

Als geeignetes Modell wurden iPads von Apple (iOS) empfohlen. Das konkrete Modell muss noch festgelegt werden. In der Sitzung werden zwei iPads als Ansichts- /Testgeräte zur Verfügung stehen.

#### **2. Nutzung verpflichtend oder freiwillig**

Hier sind ebenfalls verschiedene Varianten denkbar.

Variante 1: Die Entscheidung für eine Teilnahme an der elektronischen Ratsarbeit trifft jede/r Stadträtin/Stadtrat individuell. Mit der Teilnahme am elektronischen Sitzungsdienst ist zwingend der Verzicht auf Papierunterlagen verbunden.

Variante 2: Alle Stadträtinnen/-räte nutzen das elektronische Ratsinformationssystem. Papierunterlagen werden durch die Verwaltung grundsätzlich nicht parallel bereitgestellt.

Variante 3: Alle Stadträtinnen/-räte nehmen verpflichtend an einer 6-monatigen Probephase teil und verzichten in dieser Zeit auf die Papierunterlagen. Zielsetzung der Verwaltung ist, dass idealerweise alle Gremienmitglieder auf Papier verzichten, so dass bei der Verwaltung ein tatsächlicher Mehrwert entsteht (Einsparung von Papier- Druck- und Versandkosten, weniger Arbeit in der Geschäftsstelle Gemeinderat in Bezug auf Druck und Versand/Zustellung der Unterlagen).

Der Verwaltungsausschuss hat am 15.01.2020 folgenden Empfehlungsbeschluss gefasst:

1. Session Mandatos soll in der Form umgesetzt werden, dass die Teilnahme verpflichtend ist und alle Gemeinderäte teilnehmen.
2. Es sollen Leihgeräte von der Stadt verwendet werden. Die private Nutzung wird erlaubt. Es wird empfohlen, das Gerät nur für die Gemeinderatstätigkeit zu nutzen.
3. Es sollen iPads mit einem Apple Pencil, einer Tastatur und einem möglichen USB-Anschluss angeschafft werden.
4. Die Verwaltung erkundigt sich bei ITEOS bezüglich des erforderlichen Speicherplatzes. Zwei Ansichtsexemplare werden für die nächste Sitzung zur Verfügung gestellt, jeweils bereits mit Sitzungsdateien versehen.

Bei den Hüllen, Tastaturen und den Stiften ist jeweils ein Original Apple (Smart Keyboard für iPad Smart Connect 179,00 €, Apple Pencil für iPad 99,00 €) und eine günstigere Variante von Logitech (Rugged Folio iPad Smart connect 139,99 €, Logitech Crayon Eingabestift für iPads) zum Test vorhanden.

Somit ergeben sich Gesamtanschaffungskosten je Nutzer beim

- iPad 10.2 und Apple Zubehör mit 618,98 € (32 GB) und 718,98 € (128 GB)
- iPad 10.2 und Zubehör von Logitech mit 588,98 € (32 GB) und 688,98 € (128 GB).

Die Kosten betragen laut Frau Thoma 25.000 Euro einmalig und 1.100 Euro jährlich. Eine Schulung ist geplant für 1.300 Euro für 20 Teilnehmer.

SR Michalski teilt weiter mit, dass in der Vorberatung bereits zu dem iPad Pro tendiert wurde. Aus seiner Sicht wäre zur Ansicht und zum Vergleich eher dieses Gerät angebracht gewesen. Dieser Vergleich nutzt aus seiner Sicht nichts.

Frau Thoma erläutert, dass die Preise für dieses Gerät nicht einkalkuliert waren, deshalb hat sie das Vergleichsgerät nicht besorgt. Beim iPad Pro könnte sich sie eher eine Zuschussvereinbarung vorstellen.

SR Michalski stellt den **Antrag**, die Beratung so lange zu verschieben, bis das zweite gewünschte Vergleichsgerät vorliegt.

SRin K. Halder stimmt dem zu. Sie möchte wissen, wie viel in den Haushaltsplan eingestellt wurde.

Laut Frau Thoma sind 30.000 Euro eingestellt.

**Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen. Das Hauptamt stellt in dieser Sitzung das iPad Pro zum Test zur Verfügung.**

### **Eigenbetrieb Stadtwerke Aulendorf und Betriebswerke Aulendorf - Auflösung und Wiedereingliederung in den städtischen Haushalt**

Frau Johler teilt mit, dass im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes und des Einsparkonzeptes immer wieder Thema war, dass die Eigenbetriebe wieder in den städtischen Haushalt integriert werden sollten. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Aktuell gibt es in der Kämmerei zwei Buchhaltungsprogramme, entsprechend natürlich auch Kosten für diese, man muss für zwei Programme die Kenntnisse in der Verwaltung vorhalten und stetig aktuell halten. Zudem muss ein eigenes Bankkonto vorgehalten werden, das ebenfalls Kosten verursacht. Insgesamt ist die Verbuchung damit teurer und aufwendiger, als ob es in einem Buchhaltungsprogramm wäre. Weiterhin muss ein separater Wirtschaftsplan und Jahresabschluss, jeweils mit Sitzungsvorlage und Beratung in den Gremien erstellt werden sowie eine Prüfung durch die WIBERA erfolgen. Ersteres kostet „nur“ Arbeitszeit, die aber natürlich sinnvoller verwendet werden könnte, Zweiteres kostet nicht unerheblich.

Dennoch hat die Kämmerei stets die Auffassung vertreten, dass eine Rückabwicklung in den städtischen Haushalt erst Sinn macht, wenn auch dort doppisch gebucht wird. Der Aufwand für eine Rückabwicklung mit Wiedereinführung der Kameralistik, um dann verhältnismäßig kurze Zeit später wieder die Doppik einzuführen, wäre aus der Sicht der Kämmerei alles andere als wirtschaftlich und sinnvoll gewesen.

Zudem darf man nicht unberücksichtigt lassen, dass in der Kämmerei seit 2010 mehrere Personalstellen abgebaut wurden. Entsprechend war es vorrangig, die Grundlagen für das gesamte Haushalts-, Abgaben- und Gebührenrecht rechtssicher zu gestalten. Die Betriebe waren immer so aufgestellt, so dass man „diese Baustelle“ nicht auch noch aufmachen konnte und wollte.

Außerdem wurden dennoch über die Jahre immer wieder Maßnahmen für eine effizientere Arbeit getroffen, zum Beispiel in dem der Betriebsausschuss in den Verwaltungsausschuss integriert wurde oder auch in dem die Betriebsleitung abgeschafft wurde.

Nun ist aber aus der Sicht der Kämmerei die Zeit gekommen für eine weitere Umstrukturierung, damit die Stadt sich weiterhin zukunftsfähig aufstellt und die Strukturen verschlankt und effizienter gestaltet. Die Restrukturierung der Betriebe Tourismus und Betriebshof läuft aktuell.

In den Haushaltsberatungen wurde angesprochen, dass auch die übrigen drei Betriebszweige und damit komplett im Ergebnis alle Eigenbetriebe in den städtischen Haushalt zurückgeholt werden sollen.

**Die verbleibenden Eigenbetriebe werden in den städtischen Haushalt integriert (einstimmig).**



## **Verschiedenes**

### **Brandruine Blumenau und Graf-Erwin-Straße**

SR Zimmermann fragt nach einer Möglichkeit der Stadt um die Situation der Brandruinen zu lösen. Es muss eine Lösung für den Abriss gefunden werden.

BM Burth erläutert, dass die Stadt keine rechtliche Handhabe hat. Das Grundstück in Blumenau ist bereits veräußert. Bei der Graf-Erwin-Straße gibt es Eigentumsrechte. Die Stadt kann sich darüber nicht hinwegsetzen. Es gab mehrfach Gespräche mit den Eigentümern.

### **Neupflanzungen Bäume Poststraße/Bahnhofsvorplatz**

SR Holzapfel möchte wissen, ob die neugepflanzten Bäume auch bewässert werden.

BM Burth erläutert, dass dies im Pflegevertrag enthalten ist. Die Verwaltung muss die Durchführung prüfen.

### **Eröffnung Badebetrieb Steegersee**

SRin K. Halder möchte wissen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Badebetrieb am Steegersee eröffnet werden kann. In Olzreute wird beispielsweise die Liegewiese abgesperrt, so dass man zumindest dort schwimmen kann.

BM Burth erläutert, dass Schwimmbäder laut der Corona-Verordnung gesperrt sind. Man kann davon ausgehen, dass öffentliche Einrichtungen noch längere Zeit geschlossen sind.

Dies sollte laut SR Michalski noch auf der Homepage eingestellt werden.

### **Sperrung Spielplätze**

SR Dr. Reck möchte wissen, weshalb die Spielplätze nur mit einem Schild gesperrt sind, nicht beispielsweise mit einem Flatterband.

BM Burth erläutert, dass zwei Schilder angebracht wurden. Für ihn ist dies ein rein optisches Thema, die Schilder haben eine klare Aussagekraft, auch ist das Verbot den Eltern bekannt.

### **Bürgerbus Unterbringung**

OV Holder möchte wissen, ob für den Bürgerbus eine dauerhafte Unterbringungsmöglichkeit gesucht werden kann. Die aktuelle Situation im Betriebshof ist nicht optimal.

BM Burth erläutert, dass die Verwaltung bereits seit einiger Zeit auf der Suche danach ist, leider bisher erfolglos. Die Verwaltung ist für Vorschläge dankbar. Im Betriebshof ist die Unterbringung platzmäßig nicht dauerhaft möglich.

OV Holder schlägt vor, nochmals eine Anzeige zu schalten.

Die Verwaltung wird sich darum kümmern.

### **Wertabschöpfung/Ortsabrundung**

SR Groll erinnert an die Beratung diesbezüglich.

### **Spielplatzkonzeption**

SR Groll möchte wissen, was bezüglich der Spielplatzkonzeption für dieses Jahr geplant ist.

BM Burth erläutert, dass die Konzeption abgearbeitet ist. Nun ist nur noch der übliche Unterhalt geplant.

## **Anfragen gem. § 4 Geschäftsordnung**

### **Bahnbrücke Rugetsweiler**

SR M. Halder weist darauf hin, dass kürzlich an der Bahnbrücke Rugetsweiler der Damm wieder abgetragen wurde, der zuvor erst eingebaut wurde. Dies verwundert ihn, weil die Aufwendungen für den Einbau hoch waren. Er fragt nach dem Grund und den Kosten für den Rückbau.

Die Verwaltung wird dies klären.

### **Umleitung Blönried Beschilderung**

SR Rothmund hatte in der letzten Sitzung nach der Beschilderung bezüglich der Umleitung gefragt.

Frau Thoma hat dies zwischenzeitlich mit der Straßenmeisterei geklärt. Die Beschilderung ist der Norm entsprechend.